

Erscheint täglich  
sonntags mit Ausnahme der  
Sommer- und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 50 P., 1/2 jährlich 1.50 P.  
vierteljährlich 3.00 P. Durch  
die Post bezogen 1.35 P.

„Die Neue Welt“  
Hinterhaltungsbeilage, durch  
die Post nicht bezahbar, kostet  
monatlich 10 P., 1/2 jährlich 30 P.

# Volksblatt

Inserionsgebühren  
betragt für die Hauptspalten  
Beizelle oder deren Raum  
15 P. für 10 Zeilen  
Beizelle und Veranlagung  
ausgleich 10 P.  
Im verhältnisslosen Teile  
kostet die Zeile 50 P.

Preise für die fällige  
Nummer müssen spätestens  
vor dem 1. 10. 1897 bei  
Expedition anfragen sein  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7566.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißensels-Beitz,  
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telefon-Nr. 1047 Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale. Telefon-Nr. 1047.

Nr. 238

Halle a. S., Dienstag den 12. Oktober 1897.

8. Jahrg.

## Der Hamburger Beschluß über die Beteiligung an den Landtagswahlen.

Mit 160 gegen 50 Stimmen hat der Hamburger Parteitag in namentlicher Abstimmung am Sonnabend mittig den Kölner Beschluß aufgehoben, der die Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen verbot. Mit 147 gegen 63 Stimmen entschied sich ferner der Parteitag in einer zweiten namentlichen Abstimmung dafür, daß nicht nur die preussischen sondern alle Delegierten bei den weiteren die Wahlbeteiligung betreffenden Fragen abstimmen sollen. Rühmlich wurde durch Handzettel über die zahlreichen Amendements abgestimmt, welche zur Beheben Resolution eingegangen waren.

Gewehr-Eberfeld hatte beantragt, der Satz, die Beteiligung sei überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen, solle dahin abgeändert werden, daß es am Schlusse heiße, wo die Verhältnisse eine solche ratum erscheinen lassen. Dieses Amendement fand keine Annahme.

Auch zum nächsten Punkte der Beheben Resolution lag ein Zusatzantrag vor. Beheben Resolution lautete im zweiten Punkte:

Zunächst eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.

Ein Antrag Mittag-Beitz verlangte die Hinzufügung der Worte: „Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden“. Alle weiteren Punkte der Beheben Resolution seien zu streichen. Der Parteitag nahm den Mittaglichen Antrag in beiden Teilen an, und eine dritte namentliche Abstimmung hatte das Ergebnis, daß mit 145 gegen 64 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die so veränderte Beheben Resolution zur Annahme gelangte. Die Resolution lautet nun:

Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Zunächst eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.

Das ist somit die Richtschnur geworden, nach der die preussischen Parteigenossen bei den nächsten Landtagswahlen zu handeln haben. Der in Wegfall kommende Teil der Beheben Resolution lautet:

3. Beziehen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:

- a) ist die Wahl eigener Wahlmänner unmöglich, und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;
  - b) ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet;
4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:
- a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelnen weiter zu fördern oder zu beteiligen;
  - b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben.
5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu decken, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstandes zu ihren Abmachungen mit anderen Parteien einzuholen.

Es ist zu bemerken, daß dieser Teil der Beheben Resolution in Wegfall gekommen ist. Wir können auch nicht der Meinung sein, daß er durch Annahme des Mittaglichen Amendements erledigt gefunden habe, namentlich in einem dritten und fünften Punkte. So wir bekämpfen, daß Mittagliche Amendements entweder die vollkommene Wahlbeteiligung unmöglich machen oder im Wahlkampfe unbrauchbar bleiben wird. Wahrscheinlich wird der letztere Fall eintreten. Denn gleich nach der Abstimmung wurde aus dem Munde der Delegierten die Frage laut, wie man sich denn nun bei den Stichwahlen — und bei den Landtagswahlen werden für uns nur die Stichwahlen in Betracht kommen — zu verhalten habe. Singer erklärte darauf, daß dann die bei den Reichstagsstichwahlen gelübte Praxis in Kraft trete, daß nämlich die sozialdemokratischen Wahlmänner bei Stichwahlen von zwei Uebeln das kleinere wählen werden. Was bleibt aber dann von der Bestimmung, daß Kompromisse mit anderen Parteien nicht

abgeschlossen werden dürfen, übrig? Welchen Zweck, welchen Wert hat sie dann noch? Gar keinen; sie ist hinfällig, ja direkt schädlich. Wir halten es für keinen Rat, daß Punkt 3b gefallen ist, welcher erlauben wollte, daß unsere Genossen in Ermangelung eigener Wahlmänner von vornherein für die Wahlmänner bürgerlicher Oppositionsparteien stimmen dürfen. Aber die Bestimmungen unter 4 und 5 mußten aufrecht erhalten bleiben, sie bilden die Ringe zum Messerhieb der Wahlbeteiligung. Und was hat das Ausstellen von Mindestforderungen, die von den bürgerlichen Kandidaten zugestanden werden müssen, wenn unsere Genossen für sie eintreten sollen, mit „Kompromissen und Bündnissen“ zu thun? Der zweite Teil des Mittaglichen Amendements, daß also die weiteren Punkte der Beheben Resolution zu streichen seien, hat uns in gemissem Sinne den bürgerlichen Oppositionsparteien mehr als ausgeliefert. Nun wird das Eintreten, was von unsen Freunden, die gegen die Wahlbeteiligung sich ausprägen, hervorgehoben wurde, daß nämlich die bürgerlichen Parteien, für die wir bei den Stichwahlen eintreten wollen und von denen wir gewisse Sicherungen verlangen, uns antworten werden: Was wollt Ihr denn? Eure Parole ist doch der Kampf gegen das Junkertum! Ihr müßt uns deshalb ohne Widerrede und bedingungslos Eure Stimmen aufstellen lassen, sonst werdet Ihr dem Hauptzweck Eurer Wahlbeteiligung untreu!

Wenn wir diese spöttische Antwort erhalten, müssen wir sie uns nach Annahme des Mittaglichen Amendements ruhig gefallen lassen. Wir müssen aber gute Miene zum bösen Spiele machen und haben nur die Wahl, entweder bedingungslos für das „kleinere Uebel“ zu stimmen oder uns der Abstimmung bei den Stichwahlen zu enthalten. Hierdurch aber würde ein wesentlicher Zweck der Wahlbeteiligung aufgegeben.

Wie viel sicherer und klarer wäre unsere Stellung, wenn wir vor den Stichwahlen zu dem oppositionellen bürgerlichen Kandidaten sagen könnten: Du sollst unsere Stimmen haben. Aber Du mußt versprechen, im Landtage für Beteiligung der Klassenwahl einzutreten, ferner mußt Du alle Maßnahmen bekämpfen, durch welche die Volkssrechte geschmälert oder beseitigt werden sollen u. s. w. Verpflichtet Du uns das nicht, so können wir Dir laut Parteitagbeschlusse unsere Stimmen nicht geben, und Du mußt zusehen, wie Du in der Stichwahl ohne uns mit Deinem Gegner fertig wirst. Da Du uns die Minimalforderungen nicht zugestehst, dist Du für uns nicht mehr das „kleinere Uebel“ sondern ein Uebel genau so groß wie Dein Gegner.

Wir würden, wie gesagt, eine wesentlich klarere und gesichertere Stellung einnehmen, wenn wir so reden könnten. Das ist durch das Mittagliche Amendement und durch Annahme desselben vereitelt worden.

Aber noch mehr! Durch Annahme des Amendements hat sich der Parteitag in einem gewissen Widerspruch zu sich selbst gesetzt. Da nämlich die Annahme des Amendements zur Folge haben soll, daß bei Landtagsstichwahlen unsere Genossen sich so zu verhalten haben, wie bei Reichstagsstichwahlen, kommt in Betracht, daß der Parteitag am Mittwoch beschloß, im Hinblick auf Reichstagsstichwahlen nur solchen bürgerlichen Kandidaten die Stimme zu geben, die das Eintreten für gewisse Mindestforderungen geloben. (Siehe Nr. 234 des Volksbl. 1. Seite, 3 Spalte.) Also für die Reichstagsstichwahlen hat man endlich eine bestimmte Direktive gegeben und bei den Landtagswahlen soll die regellose und bedingungslose Zustimmung unserer Stimmen ihren Anfang nehmen. Das ist zweifellos ein ganz auffälliger Widerspruch. Bebel und viele andere Delegierte waren durch Annahme des Mittaglichen Amendements in eine sehr unbehagliche Lage gekommen. Stimmen sie gegen die neue Fassung der Resolution, so wäre diese gefallen, und der Parteitag ist wieder da, von wo er ausgegangen war.

Es ist notwendig, die able Lage klar zu charakterisieren, in die wir durch Stellung und Annahme des Mittaglichen Amendements geraten sind. Offenheit finden die Landtagswahlen erst nach dem nächstjährigen Parteitag statt. Für diesen Fall ist noch Gelegenheit, wieder aus der Sachlage zu kommen. Fallen jedoch die Landtagswahlen früher, nun, so wird der gelübte Sinn der sozialdemokratischen Wähler, wie so manches Mal schon von selbst den richtigen Weg aufzuweisen, der zu gehen ist. Und dieser Weg ist der im Punkt 4 der Beheben Resolution angedeutete: Aufstellung von Mindestforderungen, ohne deren Befriedigung der bürgerliche Oppositionskandidat keine sozialdemokratische Wahlmannstimme erhält.

## Sozialdemokratischer Parteitag in Hamburg.

Hamburg, 9. Oktober 1897.  
Letzter Verhandlungstag.  
Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und überleitet zur

Abstimmung über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Er schlägt folgenden Wortlaut dabei vor: Zunächst handelt es sich um die Entscheidung dreier großer Gesichtspunkte, die sich zu den drei Fragen verhalten:

1. ob die Aufhebung oder Beibehaltung des Kölner Beschlusses erfolgen soll.
2. ob die Delegierten der Gesamtpartei oder der preussischen Partei über die Frage der Beteiligung an den preussischen Wahlen zu entscheiden haben.
3. In welcher Art eventuell eine Beteiligung stattfinden hat. Wird über die erste Frage mit Nein entschieden, so sind alle übrigen Fragen erledigt. Erfolgt die Entscheidung mit Ja, so wird über die zweite Frage ebenfalls namentlich abgestimmt. Entschieden der Parteitag, daß die Entscheidung bei den preussischen Delegierten liegt, so hat sich der Parteitag mit der dritten Frage nicht mehr zu befassen. Entschieden er im entgegengelegten Sinne, so wird zunächst über die einzelnen Sätze der Resolution Bebel und Abstimmung entschieden.

Ein Vorschlag Jan's Berlin, daß sich die Mitglieder der Reichstagsfraktion der Abstimmung enthalten sollten, wird abgelehnt.

Der Kölner Beschluß wird nunmehr in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 50 Stimmen aufgehoben.

Mit 147 gegen 63 Stimmen wird die Entscheidung über die Beteiligung der Gesamtpartei vorgebracht.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über die Resolution Bebel. Zunächst wird über die einzelnen Sätze derselben und die Amendements zu denselben namentlich abgestimmt. Zu dem ersten Satz der Resolution Bebel: Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen — liegt das Amendement Gewehr vor, statt „ermöglichen“ einzusetzen „ratum“ zu setzen u. s. w. Dieses wird abgelehnt.

Zu dem zweiten Satz der Resolution Bebel: Zunächst eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse liegt ein Amendement Mittag vor, das lautet: Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden. — Dieses Amendement wird angenommen. Damit ist beschlossen, daß alle übrigen Punkte der Resolution Bebel erledigt sind.

Der Parteitag hat sich nunmehr über den ersten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den zweiten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den dritten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den vierten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den fünften Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den sechsten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den siebten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den achten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den neunten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den zehnten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den elften Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den zwölften Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den dreizehnten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Der Parteitag hat sich nunmehr über den vierzehnten Satz des Antrags Mittag abgestimmt. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Mehrere Entwürfe, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen, werden auf Verlangen durch den neuen Parteivorstand zur Erörterung übergeben.

Ein Antrag der Linienten über die Fortsetzung des Parteitagseingangs am 30.00.00 zu normieren, findet nicht genügend Unterstützung.

Die längere Debatte wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

Die Begründung wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagsabgeordneten beschränkt, der die Fortsetzung des Parteitagseingangs auf die Themen, welche einen persönlichen und belehrenden Charakter tragen, die Zukunft unbedingten umwandeln.

**Manuskripte.**

Roman von Nikolaus Krauß.

Die Wägen meiner Tochter kleiden und die Augen strahlen wie Feuertiere, fuhr der alte Mann fort. „Ich suchte die Ursache zu ermitteln, es gelang mir nicht. Endlich als ich ihren Zustand nicht mehr länger ertragen konnte, gelangte ich in der Nacht, daß der Herr, der sie über die Welt vertheilt hat, in der Welt nicht da ist.“

frage, sie wird noch viel drastischer erweisen dadurch, daß das nachstärkste Europa vor seinen Thoren die Seeräuberei der Kiprioten duldet und dulden wird.

Rum wäre es ja den europäischen Seemächten ein Leichtes, am Riß Truppen auszusenden und den Seeräubern eine Lektion zu erteilen, die ihnen ein für allemal die Lust zum Raubzug auf Handelschiffe nehmen würde.

Die Eisenbahnverwaltung als Angeklagte. That sächlich waren es drei Unterbeamte der Eisenbahn, die die Anklageband in Begleit dritteln.

Wegen Raubbeleidigung wurde in Hannover der Maurer Gieselmann zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Prinjngere Beleidigung wurde in München der Redakteur Müller aus Traunstein angeklagt.

Wegen Königsbeleidigung wurde in Leipzig der Handarbeiter Ams Ansel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Raubbeleidigung wurde in Berlin der Rentier Betteur aus Charlottenburg zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Raubbeleidigung wurde verhaftet in Hannover der frühere Schankwirt E. er war von einem Spiegel denunziert worden, in Wandsbek eine 74 jährige Frau, die von einer früheren „Freundin“ angezeigt worden ist, in Hannover eine Plätkerin.

Wegen Raubbeleidigung, Bismarck, Wolke und Preußenbeleidigung wurde in Ravensburg ein lediger, 21 Jahre alter Kaufmann, welcher am 11. Juli in einer Wirtshaus über Bismarck, Wolke und die Preußen geschimpft hatte und sich in beleidigenden Äußerungen auch über den deutschen Kaiser ausgelassen, zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt.

**Ausland.**

Schweiz. Auch die „freie“ Schweiz hat ihren Militarismus nach bekanntem Muster. In Luzern sollte in der Wehrmänner bei Antist die Vorläufer im Oktober in der Kaserne, etwa 21 Mann, gemeinschaftlich ohne Unterbruch

Um warum ich Ihnen das sage? Weil ich nicht will, daß auch Sie ein Opfer der Kavaliersproben werden sollen. Sie waren die an die ersten Häuser Umenau gekommen. Da sagte der Alte die Hand des jungen Mannes und sprach: „Nehmen Sie mir es nicht übel, doch ich mich an Sie gebührt, aber Sie haben etwas in Ihren Augen das mich gefällt.“

des Alters in einem Raume ohne Rollenstellung, wo ohne Bescheidenheit ein Aufgehob nehmen. Sie wackerten sich. Der esah es ihnen das „heimtliche“ Militärgeil in Uniform.

Soziale. — Gedemüthigt viel Geld hat der Fürst von Fürstberg hinterlassen: volle 400 Millionen Mark.

Der Achtuhr Abendklub für weibliche Angestellte hat in Berlin in letzter Zeit vielfach die öffentliche Meinung beschäftigt.

Die Aufhebung der Strafmündigkeit alters. Der Justizminister hat die wissenschaftliche Deputation für das Mindestmal zu einem Gutachten über die Frage angefordert, ob sich eine Erhöhung der Strafmündigkeitsgrenze von 12 auf 14 Jahre empfehle.

Die Gasille und die heutige Gefängnisse.

In der Kaiser Neuen Gebombade (Boden-Rundschau) erzieht gegenwärtig eine Anstalt über die Archive der Gaskille.

Im neuen letzten Auflage kommt der Verleger auch auf das Gegenstand der Wahrheit in der Freiheit des Gefangen erzieht nur ein Lager, einen Stuhl und einen Tisch geliefert, aber es gab einen Tapetier, der sich Viererart der Gaskille nehmen durfte und Dausart, Teppiche, gewirte Bandtapeten an die Gefangenen vertriebete.

Es blieb den unreinwilligen Gästen der Anstalt unbenommen, nach Treue-Ausgaben zu machen.

Die Bekleiderer legte eine meiner Seidetten auf den Tisch und stellte mein Finger auf. Es entstand aus einer gut gefochten und gewickelten aussehender Suppe von Aufgereißen mit Fleisch, auf dem ein Viertel Gulas lag.

Nach siebzehnhändiger Fahrt war Gula in der Kaserne. Er hatte es nicht gemerkt, bis der Zug in der glückseligen Halle stille stand.

Der querulnde, quellende Nezel eines Spiumbeimorgens verdrift den Kopf, gänzlich und abstoßend über den Kopf und den Quam von hundert Fabrikshüten lag ihm auf den Kopf, wogendes, brodelendes Meer über der Kleinstadt und verbergte sie gänzlich.

der Recht... miffen die... auf dem... der Staat... die Stadt... (Vertical text on the right edge)







